

## Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller\*in: Bundesfrauenrat  
Beschlussdatum: 17.04.2021

### Änderungsantrag zu PB.Z-01

#### Von Zeile 599 bis 616:

Alle Menschen, ~~auch Mädchen und Frauen, sollen~~ müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und umfassender Informationen zum Schwangerschaftsabbruch ~~sind~~ ist dafür notwendig. Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ~~gehört mit zu den schwersten im Leben. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass diese Frauen gut beraten und medizinisch professionell versorgt werden~~ alleine ihre. Wir streiten für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt\*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Das Thema muss in die Ausbildung von Ärzt\*innen nach international anerkannten Standards integriert werden. Neben der professionellen medizinischen Versorgung sind gute Beratungsangebote wichtig. Deshalb werden wir Familienplanungs- und Beratungsstellen ~~werden wir~~ absichern und die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die Versorgung für Frauen und gebärfähige Menschen dauerhaft zu gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme. Frauen Das ist nur möglich, wenn der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch nicht mehr im Strafgesetzbuch in § 218, sondern außerhalb geregelt wird. Schwangere, die sich für einen Abbruch entscheiden, und Ärzt\*innen, eine Beratung aufsuchen sowie die einen solchen ausführen, Beratungsstellen und Ärzt\*innen müssen ~~etwa durch die Einrichtung von Schutzzone~~ mit einem bundeseinheitlich verankerten Schutz vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen geschützt werden. ~~Ungewollt Schwangere brauchen den bestmöglichen~~ Bei einer ungewollten Schwangerschaft muss der bestmögliche Zugang zu Informationen gewährleistet werden. Um ~~diesen zu gewährleisten und~~ Ärzt\*innen vor drohenden Anzeigen zu schützen, gilt es den § 219 a schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung müssen für Empfängerinnen von staatlichen Transferleistungen ~~übernommen werden~~ und Geringverdiener\*innen übernommen werden.